

# **Zusammenfassung der Arbeitsgemeinschaft „Lebenslust Garmisch-Partenkirchen“ der Antworten auf die Themenkomplexe des Schwarzbuchs 2008**

## **1 Garmisch-Partenkirchen**

### **Garmisch: Migration**

Bei Familien mit Migrationshintergrund halten alle Befragte eine zusätzliche Sprachförderung im frühen Kindesalter für erforderlich.

In Garmisch-Partenkirchen sieht Herr Schmid die Förderung der deutschen Sprache als einen wichtigen Baustein an. Fr. Dr. Meierhofer betont die Förderung der Sprachkompetenz und die Eingliederung in das soziale Umfeld z.B. in einer Kinderkrippe. Herr Grabo hält die Förderung im Kindergarten durch Deutschunterricht für zentral. Herr Wank macht keinen Lösungsvorschlag. Herr Grabo, Herr Dr. Rapp und Herr Stöckl halten die Förderung im Kindergarten durch Deutschunterricht für zentral. Herr Wank macht keinen Lösungsvorschlag.

### **GAP: Jugend- und Sozialarbeit**

Die Notwendigkeit von Jugend- und Jugendsozialarbeit wird von niemandem in Abrede gestellt. Während Herr Schmid den Status Quo lobt und die Bedarfsprüfung in den Fokus stellt, fordert Herr Grabo ein Angebot an kleineren Schulen und Fr. Meierhofer einen konkreten Personal-Ausbau über den Jugendhilfeplan hinaus. Herr Wank und Herr Grabo weisen auf einen Ausbau der Schulangebote über den Unterricht hinaus hin. Herr Schmid sieht für den Bedarf Jugendsozialarbeit den Landkreis in der Pflicht und Fr. Meierhofer möchte ein Sozialreferat, um auf Gemeindeebene tätig zu werden. Während Herr Schmid inhaltliche Themen für das Jugendzentrum vorschlägt, möchte Fr. Meierhofer mehr Personal.

### **Garmisch: Angebote und Einrichtungen für Familien, Frauen und Jugendliche:**

Frau Dr. Meierhofer verspricht, den Verkauf weiterer Sozialwohnungen zu beenden, sie setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein. Herr Dr. Rapp sieht ebenfalls die Notwendigkeit, gezielt Familien mit Kindern durch Ausweisung von Wohngebieten mit dichterem Bebauung zu bezuschussen. Die ÖDP will sich ebenfalls für bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Herr Schmid führt die Ansiedlung von Betrieben und damit die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsstellen als notwendig an. Herr Wank stellt die Prävention wie beispielsweise das Projekt

SAfE (Sichere Ausbildung für Eltern) in den Vordergrund. Herr Grabo sieht ebenfalls Prävention und Elternteraining als Schwerpunkte.

### **Garmisch: Hilfen zur Erziehung**

Herr Wank will sich für die Umsetzung der Jugendhilfeplanung einsetzen und sich für eine Beteiligung der Freien Träger stark machen. Herr Schmid will das Angebot an Hilfen zur Erziehung weiter ausbauen, z.B. Prävention, Streetwork, Familienentlastende Hilfen und Betreutes Wohnen. Herr Grabo strebt eine Aufstockung des bestehenden Angebots an, insbesondere im Bereich der Heilpädagogischen Tagesstätten. Darüber hinaus würde er das Jugendamt weiter personell aufstocken. Frau Dr. Meierhofer sieht ebenfalls eine verstärkte Aufstockung des Personals im Jugendamt vor, die Psychiatrie im Klinikum soll um eine Station für Kinder und Jugendliche erweitert werden.

### **Garmisch: Altenhilfe**

Während sich alle Kandidaten für eine umfassende Palliativ- und Hospizversorgung einsetzen, gehen die Schwerpunkte der Aussagen bei den Zukunftsvorstellungen im Bereich der Pflege auseinander.

In Garmisch-Partenkirchen legt Herr Garbo den Schwerpunkt deutlich auf die ambulante Versorgung im Familienverbund und die Tagespflege. Er würde zudem einen Seniorenbeauftragten des Gemeinderats installieren. Auch Herr Wank betont den Grundsatz „ambulant vor stationär“, er würde dazu neue Angebote in der Seniorenbetreuung ausbauen (Senioren WG's, betreutes Wohnen, generationenübergreifende Familienmodelle). Herr Schmid und Frau Dr. Meierhofer verweisen dagegen auf das aus ihrer Sicht erforderliche breite Spektrum von ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen, neuen Wohnformen und generationsübergreifenden Modellen, die ein passendes Angebot für jeden Bedarf bieten. Um dies zu erreichen soll das bestehende Angebot an Tagespflege und Kurzzeitpflege ausgebaut werden. Fr. Dr. Meierhofer nennt neue Wohnformen, Herr Schmid ein Seniorenzentrum als Schritte auf diesem Weg.

### **Garmisch: Hilfen für Spätaussiedler und ausländische Mitbürger**

Alle Befragten sehen Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt als zentrale Bausteine an.

## **Garmisch: Errichtung bzw. Ausbau d. Betreuungsplätze für 0-3-jährige**

Alle Kandidaten unterstützen die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige (Kindergarten, Tagesmütter, Kinderkrippe)

Zum Instrumentarium der Bedarfsfeststellung verweisen Herr Grabo und Herr Schmid auf die vorhandenen Daten. Frau Dr. Meierhofer kritisiert die vorhandenen Daten und favorisiert wie Herr Wank eine intensive und differenzierte Befragung der Eltern.

## **Garmisch: Integrative Kindertagesstätten**

Alle Kandidaten stimmen den genannten Forderungen zu. Frau Dr. Meierhofer setzt sich abweichend für eine Anhebung des Basiswertes (bei behinderten Kindern) und einen höheren Qualitätsstandard in der Betreuung (Mindestanstellungsschlüssel 1:8 bzw. 1:6) ein. Alle Kandidaten erkennen einen Nachbesserungsbedarf bei der Hortfinanzierung. Frau Dr. Meierhofer setzt sich hier für eine Vollförderung ein.

## **Garmisch: Behindertenhilfe, Frühförderung**

Alle Kandidaten lehnen eine Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ab und sind für eine Sicherung der interdisziplinären Frühförderung

## **Garmisch: Palliativ- und Hospizversorgung**

SPD und CSU verweisen auf die bereits im Klinikum beschlossenen Wege der Palliativversorgung.

Die ambulante Versorgung sieht die SPD durch den Hospizverein gesichert, die CSU verspricht „nachhaltige Unterstützung“ der ehrenamtlichen Hospizhelfer.

Das CSB weiß von „zahlreichen ehrenamtlichen Hospizhelfern“ in zwei Hospizvereinen (Garmisch-Partenkirchen und Werdenfels ?) und bringt das Thema „stationäres Hospiz“ ins Gespräch – überraschend, weil dieses Thema bisher keine Rolle spielte.

## **Garmisch: Gesundheit**

Fr. Meierhofer, Herr Wank und Herr Grabo sehen die Bedeutung der ambulanten med. Versorgung. Mögliche Gefahren der Hausärztereduzierung sind nicht angeführt. Frau Meierhofer und Herrn Wank sorgen sich um die klinische Versorgung. Für Herrn Schmid steht augenscheinlich die Arbeitsplatzfrage durch Gesundheitstourismus im Vordergrund. Zum Rettungswesen äußern sich nur Herr Wank und ausführlicher Herr Grabo.

## **Garmisch: Erwachsenenbildung**

Das CSB nimmt den Begriff des „lebenslangen Lernens“ auf und stellt neben dem allgemeinen Zugang zu Entwicklungschancen vor allem den Bezug zur Zielgruppe der „über 70-jährigen“ her.

Der Zugang zu Bildungsangeboten für alle Menschen wird ausdrücklich betont. Die finanzielle Ausstattung allerdings wird im Aufgabenbereich von Bezirk und Landtag gesehen – was für den Landtag/ staatliche Mittel stimmt, aber für den Bezirk nicht. Die Aufgaben der Gemeinde, die selbst oder über die Kreisumlage die Träger der Erwachsenenbildung fördern kann, wird offenbar nicht gesehen.

Die CSU nennt vor allem die VHS und „andere Bildungseinrichtungen“ – was verwundert nach über 30-jährigem Bestehen des Katholischen Kreisbildungswerkes. Unklar bleibt, welche Bildungseinrichtungen gemeint sind. Die in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung bleibt damit vage.

Die SPD sieht die Pluralität der Bildungsarbeit durch VHS und Kreisbildungswerk gut repräsentiert. Bei den erwarteten Angeboten fällt auf, dass Kultur und „kritische Begleitung der gesellschaftlichen Entwicklungen“ eingefordert werden und ausdrücklich auch „sinnstiftende Orientierungsangebote“ als Zukunftsaufgabe genannt werden. Bildung als Gegenpol zur „medialen Konsumwelt“ soll auch über den Tellerrand schauen – etwa im Kontext der Ski-WM und den Fördermöglichkeiten der Euregio. Als Idee wird ein Lernfest speziell im Blick auf Gewinnung neuer „Freiwilliger“ angeregt.

### **Garmisch: Ehrenamt:**

Fr. Meierhofer plädiert für Ausbildung und finanzielle Förderung. Etwas im Widerspruch dazu steht ihre Ablehnung einer Freistellung vom Dienst, die Berufstätige benachteiligt. Dies soll wohl durch die Gewinnung von Senioren aufgefangen werden. Neu ist die mehrfache Forderung nach Freiwilligenzentren durch Herrn Schmid. Er möchte für das Engagement werben, Ehrenamtliche vom Dienst freistellen und weiter die Vereine bezuschussen. Ähnlich sieht dies Herr Wank, der sowohl traditionelle, als auch neue Formen fördern möchte und zwar über die Freistellung hinaus auch durch vergünstigte Nutzung gemeindlicher Einrichtungen. Herr Grabo führt für die Förderung zusätzlich rechtliche Sicherung und weniger Bürokratie auf.

### **Garmisch: Wirtschaft und Wohnraum**

Die wenigen im Kreisort für das Gewerbe geeigneten Flächen sollen besser für einheimische und andere Interessenten durch einen Wirtschaftsförderer oder einen Citymanager (Schmidt), bzw. eine Servicestelle für Wirtschaftsmanagement (Wank) ,vermarktet und erschlossen werden. Ein weiterer Ausbau der Idee von Kompetenzzentren wird von allen Kandidaten angestrebt. Dr. Meierhofer sieht weiter Chancen in der verbesserungsfähigen Zusammenarbeit von Marktgemeinde GAP und Klinikum. Grabo sieht ein Problem in der einseitigen Ausrichtung auf den Tourismus und will verstärkt um

Dienstleister aus dem Bereich Gesundheit und Technologie werden.

Die Ansiedlung von einer Fachhochschule oder Außenstelle einer Universität mit Fachrichtung Gesundheit/Sport oder Tourismus wird von fast allen Kandidaten unterstützt, Ebenso die Entwicklung eines Wirtschaftsraums der sich bis Murnau und nach Tirol erstreckt.

Sozialwohnungen und Einheimischenmodelle (Grabo schlägt hierfür Burgrain vor) sind die tragenden Ideen, um Wohnraum für ältere Menschen (Bittner) und erwerbstätige Familien, vor allem in den unterbezahlten Sozialberufen (Wank), zu schaffen. Ein weiterer Verkauf von kommunalen Sozialwohnungen lehnt Dr. Meierhofer entschieden ab, Herr Grabo will den Bestand erhalten und „echte“ Sozialwohnungen schaffen. Frau Bittner sieht dabei Probleme in den hohen Grundstückspreisen.

## **2 Murnau**

### **Murnau Migration:**

In Murnau sieht Herr Poczka ebenfalls die Förderung der Sprachkompetenz als entscheidend an.

### **Murnau. Jugend und Sozialarbeit**

Während Herr Poczka Verbesserungen bei Unterricht und Lehrerzahl anmahnt, hebt Herr Dr. Rapp die sozialen Hilfsangebote im Netzwerk hervor und fordert staatliche Ausbildungshilfen. Herr Dr. Rapp spricht sich für die Fortführung der Unterstützung sozialer Dienstleister aus. Als präventive Maßnahme baut Herr Poczka auf raumorientierte Angebote, um jungen Menschen Platz für Sport, Freizeit und Kreativität zu geben. Dies gekoppelt mit politischer Einbindung, mehr finanzieller Förderung und Vernetzung der Träger.

### **Murnau Angebote und Einrichtungen für Familien, Frauen und Jugendliche:**

Herr Poczka will bezahlbaren Wohnraum für Familien und strebt einen Ausbau von Kinderrippen- und Kindergartenplätzen an.

### **Murnau Hilfen zur Erziehung**

Herr Poczka nennt eine bessere Vernetzung aller Beteiligten in der Jugendhilfe als wichtiges Vorhaben. Hr. Dr. Rapp sieht eine Stärkung der Kinderbetreuungseinrichtungen und den Ausbau der Mittagsbetreuung als wichtig an.

### **Murnau Altenhilfe:**

Alle Kandidaten setzen sich für eine umfassende Palliativ- und Hospizversorgung ein. Herr Poczka legt den deutlichen Schwerpunkt auf ambulante Versorgungsstrukturen und die Unterstützung der Familienstrukturen. Herr Dr. Rapp verweist auf die im Vergleich zum südlichen Landkreis günstigere demografische Zusammensetzung der Bevölkerung in Murnau, die vor allem durch Bundeswehr und UKM entsteht. Ein Schwerpunkt bildet für ihn in Ergänzung zum Bau von Pflegeheimen und generationsübergreifendem Bauen das ehrenamtliche Engagement nach dem Motto „Alt wird gebraucht“.

### **Murnau Hilfen für Spätaussiedler und ausländische Mitbürger:**

Alle Befragten sehen Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt als zentrale Bausteine an.

Herr Poczka sieht kleinere Schulklassen als wesentliche Integrationschance für Migranten.

## **Murnau Errichtung bzw. Ausbau d. Betreuungsplätze für 0-3-jährige**

Sowohl Herr Dr. Rapp als auch Herr Poczka unterstützen die Forderung nach einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für 0-3 jährige. Beide beabsichtigen eine zeitnahe Elternbefragung.

## **Murnau Integrative Kindertagesstätten**

Herr Poczka stimmt den genannten Forderungen zu.

Herr Dr. Rapp verweist hier besonders auch auf die finanzielle Mitverantwortung der weiteren kommunalen Ebenen (Bezirk, Land).

## **Murnau Behindertenhilfe, Frühförderung**

Sowohl Herr Dr. Rapp als auch Herr Poczka wollen die Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten sowie der Frühförderung erhalten.

## **Murnau: Gesundheit**

Herr Poczka sieht eine gesicherte Versorgung und möchte "andere Bereiche" nicht vernachlässigen, wogegen Herr Dr. Rapp neben der Kooperation Klinikum/UKM einen Ausbau ambulanter Angebote und die weitere Unterstützung im Rettungswesen vorschlägt.

## **Murnau Ehrenamt**

Dank, Auszeichnung und finanzielle Unterstützung sind die Stichworte bei Dr. Rapp, der auf Idealismus und Verantwortung aller hinweist. Er sieht gutes traditionelles Engagement in Murnau. Herr Poczka plädiert für die Förderung von Gemeinsinn und kostenlose Fortbildung sowie finanzielle Erleichterungen im Land auf der Basis des Bestehenden.

## **Murnau: Wirtschaft und Wohnraum**

Herr Poczka will das lokale Handwerk stärken, besondere Möglichkeiten hierzu sieht er in der Entwicklung des Kammelgeländes. Durch Jugendaustausch und Ausbau europäischer Wirtschaftsbeziehungen will er den Standort Murnau stärken.

Preiswerter Wohnraum für Familien mit Kindern könnte ebenfalls im Kammelgelände entstehen.

Herr Dr. Rapp will weitere größere und mittelständische Betriebe, besonders im Kammelgelände, ansiedeln. Durch ein familienfreundliches Betreuungsangebot will Dr. Rapp ein gewerbefreundliches Klima schaffen. Er legt besonderen Wert auf generationsübergreifende Wohnmodelle.

### **3 Oberammergeau**

#### **Oberammergeau: Migration (nur Zigon)**

In Oberammergeau strebt Herr Zigon die Förderung im Kindergarten bereits für Kinder ab zwei Jahren an.

#### **Oberammergeau: Angebote und Einrichtungen für Familien, Frauen und Jugendliche: (nur Zigon)**

Herr Zigon sagt die weitere Unterstützung der Caritas-Kontaktstelle Oberammergeau zu.

#### **Oberammergeau: Hilfen zur Erziehung (nur Zigon)**

Herr Zigon nennt eine bessere Vernetzung aller Beteiligten in der Jugendhilfe als wichtiges Vorhaben.

#### **Oberammergeau: Altenhilfe (nur Zigon)**

Auch Herr Zigon setzt sich für eine umfassende Palliativ- und Hospizversorgung ein. Er verweist auf das bereits bestehende breite Spektrum an Angeboten, das er um ein Pflegeheim mit Wohngemeinschaften und ein Mehrgenerationenhaus erweitert sehen möchte.

#### **Oberammergeau: Hilfen für Spätaussiedler und ausländische Mitbürger (nur Zigon)**

Alle Befragten sehen Deutschkurse und Qualifizierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt als zentrale Bausteine an.

#### **Oberammergeau: Errichtung bzw. Ausbau d. Betreuungsplätze für 0-3-jährige**

Aus der Sicht von Herrn Zigon ist der Bedarf gedeckt. Bei einem steigenden Bedarf wird die Gemeinde reagieren. Zur Bedarfsfeststellung werden keine nähere Aussagen gemacht.

#### **Oberammergeau: Integrative Kindertagesstätten**

Herr Zigon stimmt den genannten Forderungen zu.

#### **Oberammergeau: Behindertenhilfe, Frühförderung**

Herr Zigon lehnt eine Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ab und setzt sich für eine ausreichende Finanzierung der Frühförderung ein.

### **Oberammergau: Wirtschaft und Wohnraum (nur Zigon)**

Der Ort liegt verkehrstechnisch so ungünstig, dass er und andere kleine Orte auf ein landkreisweites Standortentwicklungsprogramm angewiesen sind.

Bei Bedarf wird die Kommune wieder ein Einheimischenmodell auflegen, auch dann, wenn die Siedlung am Rainenbühl in drei Jahren fertig gestellt sein wird.

## **4 Landkreis**

### **Landkreis: Migration**

Auf Landkreisebene sieht Herr Kühn die Stärkung des gesamten Familienverbundes als entscheidende Maßnahme während Herr Döring keinen Lösungsvorschlag formuliert.

### **Lkrs: Jugend- und Sozialarbeit**

Während SPD, FW und ÖdP die Stellenbesetzung der Jugendsozialarbeit an Schulen als nicht ausreichend erachten, verweist Herr Landrat darauf, dass keine weiteren Anträge vorlägen. Solche würde er natürlich unterstützen. SPD betont das Instrument Jugendhilfeplanung, FW eine Trägerdiversifizierung und ÖdP die Prävention mit Vernetzung und Ausbau von Jugendzentren. FW und ÖdP ergänzen den Bedarf an Mittagsangeboten an Schulen.

### **Landkreis: Angebote und Einrichtungen für Familien, Frauen und Jugendliche:**

Herr Landrat Kühn stellt die Prävention wie beispielsweise das Projekt SAFE (Sichere Ausbildung für Eltern) in den Vordergrund. Herr Herr Döring trifft in diesem Themenbereich keine Aussage.

### **Landkreis: Hilfen zur Erziehung**

Herr Döring trifft hierzu keine Aussage. Die ÖDP sieht einen Ausbau der Schulsozialarbeit als wichtig an. Vorhandene Beratungsangebote sollen niederschwelliger werden. Herr Landrat Kühn sieht das Angebot als ausreichend und gut an.

### **Landkreis Altenhilfe:**

Auch auf Landkreisebene setzen sich alle Kandidaten für eine umfassende Palliativ- und Hospizversorgung ein.

Herr Döring spricht sich für ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Wohnung und die Schaffung neuer Wohnformen aus, die Alt und Jung unter einem Dach zusammenführen. Herr Stöckl verweist auf die durch die Landes- und Bundesregierung vorgegebenen Pflege-Rahmenbedingungen und befürwortet den Aufbau einer Infrastruktur, die ermöglicht auch ohne Auto und auch mit Handicaps am Leben teilzunehmen. Landrat Kühn strebt mehr Transparenz im stationären Bereich an damit Heime besser verglichen und vernünftige Entscheidungen getroffen werden können. Die demografische Zusammensetzung der Landkreisbevölkerung sieht er aufgrund der großen Lebenserfahrung und der zum Teil überdurchschnittlich hohen Wirtschaftskraft als Chance für den Landkreis.

## **Landkreis: Errichtung bzw. Ausbau d. Betreuungsplätze für 0-3-jährige Behindertenhilfe, Frühförderung**

### **SPD**

Herr Döring unterstützt die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige und verweist auf die Zuständigkeit der Gemeinden. Die Unterstützung von behinderten Kindern und deren Familien auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte eine besondere Aufmerksamkeit genießen. Herr Döring setzt sich für eine Beibehaltung bzw. Anhebung der Standards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ein

### **Freie Wähler**

Die Freien Wähler unterstützen die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige (Kindergarten, Tagesmütter, Kinderkrippe). Sie stimmen den genannten Forderungen aus dem Bereich „Integrative Kindertagesstätten“ zu, lehnen eine Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ab und sind für eine Sicherung der interdisziplinären Frühförderung.

### **CSB**

Das CSB unterstützt die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige (Kindergarten, Tagesmütter, Kinderkrippe). Den genannten Forderungen aus dem Bereich „Integrative Kindertagesstätten“ wird zugestimmt. Das CSB lehnt eine Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ab und setzt sich für eine Sicherung der interdisziplinären Frühförderung ein.

### **ÖDP**

Herr Stöckl unterstützt die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige (Kindergarten, Tagesmütter, Kinderkrippe). Er stimmt den genannten Forderungen aus dem Bereich „Integrative Kindertagesstätten“ zu. Herr Stöckl lehnt eine Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten ab und setzt sich für eine Sicherung der interdisziplinären Frühförderung ein.

### **CSU**

Landrat Kühn unterstützt die Forderung nach geeigneten Betreuungsplätzen für 0-3 jährige (Kindergarten, Tagesmütter, Kinderkrippe) im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Er stimmt den genannten Forderungen aus dem Bereich „Integrative Kindertagesstätten“ teilweise zu. Eine Erhöhung des Basiswertes und eine Verbesserung des Mindestanstellungsschlüssels sei jedoch nicht zwangsläufig

nötig. Landrat Kühn steht einer Absenkung der Qualitätsstandards in Heil- und Sonderpädagogischen Tagesstätten kritisch gegenüber und setzt sich für eine Sicherung der interdisziplinären Frühförderung durch den ab 01.08.2008 zuständigen Kostenträger (Bezirk Oberbayern) ein.

### **Landkreis Ehrenamt**

Zum Ehrenamt hat die SPD keine Meinung. Alle anderen betonen die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements und machen Vorschläge zur Anerkennung und Förderung, um es zu stärken. Landrat und ÖdP sehen sich auch für neue Entwicklungen aufgeschlossen. FW und ÖdP wollen mit rechtlicher Absicherung, Freistellungsregelung und steuerlicher Förderung auch den Staat in die Pflicht nehmen. ÖdP sieht die Kommunen als "gutes Beispiel", will Qualifizierung anbieten und weist aber auf finanzielle Belastung hin.

### **Landkreis: Wirtschaft und Wohnraum**

Herr Doering wünscht einen Wirtschaftsförderer, der die Bemühungen der Gemeinden bündelt oder intensiviert. Familienfreundliche Angebote (Betreuung) schaffen ein ansiedlungsfreundliches Klima. Herr Krätz sieht ein Problem in der einseitigen Ausrichtung auf den Tourismus und will verstärkt um Dienstleister aus dem Bereich Gesundheit und Technologie werben.

Landrat Kühn will einen ganzheitlichen Ansatz bei der Wirtschaftsförderung entwickeln, der besonders Tourismus und Gesundheit, aber auch die Landwirtschaft im Auge hat. Notwendig sei dazu die Verbesserung der harten Infrastruktur. Die Wohnraumentwicklung liegt in der Hand der Kommunen. Herr Stöckl will Regionalvermarktung und regenerative Energien stärker ausbauen und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Für ihn ist der Tourismus aber der wichtigste Wirtschaftsfaktor, Förderung muss aber breit gefächert erfolgen, Großereignissen steht er skeptisch gegenüber. Für kurze, ökologische Wege zur Arbeit spräche die Idee von Gründerzentren und dem Ausbau zum Bildungsstandort.

Herr Doering möchte den Abbau weiterer Sozialwohnungen stoppen und eine weitere Ausweitung des Zweitwohnungsbestands, und damit eine weitere Teuerung, unterdrücken. Herr Krätz will den Bestand erhalten und „echte“ Sozialwohnungen schaffen. Landrat Kühn erkennt das Problem, sieht durch das Baurecht die Verantwortung zur Lösung aber bei den Kommunen.

Herr Stöckl will nur dann neue Flächen für Wohnbebauung ausweisen lassen, wenn diese für Familien erschwinglich sind und ökologisch nachhaltig geplant werden.